

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis halbjährlich 70 Pfennig frei ins Haus
geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen
Verkehr monatlich 1.50 M. — Einzelnummern 10 Pf.
Strolont Nr. 60 bei der Oberamtspostkasse Neuenburg
Königl. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Komm.-Gef.
Gäbel & Co. Wildbad. : Postkontos Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren
Raum im Bez. Grundr. 12 Pfg., außerh. 16 einseil.
Zul.-Steuer. Reklameweile 30 Pfg. : Rabatt nach Tarif.
Für Offerten u. bei Anfertigung werden jeweils
10 Pfg. mehr berechnet. : Schluss der Anzeigennahme
tägl. 8 Uhr vorm. : In Konkursfällen od. wenn gerichtl.
Beitreibung notw. wird, fällt jede Rückzahlung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gsch in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 22;

Nummer 27

Februar 1924

Wildbad, Freitag den 1. Februar 1924

Februar 1924

Jahrgang 59.

Die Deutschen in Südwestafrika

Zur Londoner Verständigung

Vom Geh. Regierungsrat Dr. Kappel

Im Oktober vorigen Jahrs sind zwischen dem Ersten
Minister der Südafrikanischen Union, General Smuts, und
Vertretern der deutschen Reichsregierung in London Ver-
handlungen über die Stellung der Deutschen in Südwest-
afrika geführt worden, die zur Unterzeichnung einer Denk-
schrift und zu einem Briefwechsel geführt haben, deren Texte
soeben veröffentlicht worden sind. Der Friedensvertrag hat
sich nicht damit begnügt, Deutschland sämtliche Kolonien
wegzunehmen, sondern darüber hinaus das Schicksal der
dort anässigen Deutschen und des dortigen deutschen Eigen-
tums der Willkür der neuen Besitzer überlassen. Sie können
nach Belieben die Deutschen ausweisen und die Bedingungen
bestimmen, unter denen sie Deutsche zur Niederlassung, zum
Besitzerwerb und zur wirtschaftlichen Betätigung zulassen.
Sie haben ferner das Recht, das beim Inkrafttreten des
Verfallers Vertrags vorhandene deutsche Eigentum zurück-
zubehalten oder aufzulösen. Diese Ermächtigungen, die das
Deutschtum vogelfrei machen, sind zeitlich unbegrenzt. Das
Deutschtum ist in den ehemaligen Schutzgebieten bis auf
ganz geringfügige Reste verschwunden, das deutsche Eigen-
tum verkauft oder in Staatseigenschaft übergeführt.

Eine Ausnahme bildet Südwestafrika: Die Süd-
afrikanische Union, die dort das Mandat ausübt, hat aller-
dings einen nicht unbedeutenden Teil der deutschen Bevöl-
kerung nach dem Krieg zwangsweise abgehoben, den grös-
ten Teil aber, etwa 8000 Deutsche, insbesondere der Farm-
er, unbehelligt im Land weiter wohnen lassen und von
dem Recht gegenüber dem deutschen Eigentum so gut wie
keinen Gebrauch gemacht. Immerhin blieben die im Lande
verbliebenen Deutschen unter dem Ausnahmestatus des Ver-
fallers Diktats. Die Südafrikanische Union begann als-
bald mit dem Versuch, die im Lande verbliebenen Deutschen
zur freiwilligen Aufnahme des Union-Bürgerrechts zu über-
reden. Die Versuche blieben indes gänzlich ohne Erfolg. Die
Deutschen lehnten den Gedanken, ihrerseits um die Ver-
leihung des Bürgerrechts einer Macht, mit der ihr Vater-
land sich bis vor kurzem in Krieg befunden hatte, zu bitten,
rundweg ab. Die Unionsregierung trat dann mit dem
Plan einer automatischen Einbürgerung hervor: den Deut-
schen soll durch ein Gesetz die Staatsangehörigkeit der Union
unter dem Vorbehalt verliehen werden, daß jedem einzelnen
innerhalb einer bestimmten Frist ein Ablehnungsrecht zu-
steht. Eine entscheidende Versammlung der Deutschen von
Windhuk im Februar vorigen Jahres lehnte den Vor-
schlag ab.

Inzwischen hatte sich der Völkerbund mit der Staats-
angehörigkeit der Bewohner der Mandatsländer beschäftigt.
Aber er versagte vollständig, wie immer. Wenn den Deut-
schen ihre wichtigsten Interessen gewahrt werden sollten so
verblieb nur der Weg unmittelbarer Verhandlungen der
Reichsregierung mit der Südafrikanischen Union. Da die
Deutschen in Südwestafrika außerdem unter einem allge-
meinen wirtschaftlichen Niedergang und besonders nach-
teiligen Verhältnissen stark zu leiden haben, so kam es wei-
ter darauf an, ihnen so weit wie möglich die Unterstützung
der Landesverwaltung zu sichern. Die am 23. Oktober 1923
in London erzielte Verständigung ist das Ergebnis der von
deutscher Seite unternommenen Schritte. Die Reichsregierung
erklärt sich darin bereit, ihren Einfluß bei den Deutschen in
Südwestafrika geltend zu machen, um sie zur Annahme des
Unionsbürgerrechts gemäß einem allgemeinen Naturali-
sierungsgezetzes der Union zu bewegen und ihnen zu raten,
von dem darin enthaltenen Ablehnungsrecht keinen Ge-
brauch zu machen. Diese Zusage bildet das Gegenstück zu
den Zugeständnissen der andern Seite. Sie wurde dadurch
erleichtert, daß nach der inneren deutschen Befehlsgewalt durch
eine automatische Einbürgerung die Reichsange-
hörigkeit nicht verloren wird. Die Südwest-
deutschen werden also auch nach der bevorstehenden Ein-
bürgerung die Reichsangehörigkeit behalten und damit auch
rechtlich mit dem Reich verbunden bleiben.

Was nun die einzelnen Punkte der Denkschrift betrifft,
so ist grundlegend die Gleichstellung der Deutschen
mit den Unionsbürgern hinsichtlich der Rechte und Pflichten.
Damit ist jede unterschiedliche Behandlung der Deutschen
ausgeschlossen, und die Ausnahmestimmungen des Ver-
fallers Diktats gegen die Deutschen und das deutsche Eigen-
tum in Südwestafrika sind erledigt. Eine besondere Be-
dingung schiebt für ein Menschenalter jeden Zwang zum
Militärdienst gegen das Deutsche Reich aus. Der
freie Gebrauch der deutschen Sprache wird, auch im
Verkehr mit den Behörden, verbürgt. Die Behörden wer-
den, wenn irgend möglich, deutsche Einzeln deutsch be-
antworten. Vom Amtsblatt wird eine deutsche Uebersetzung
ausgegeben. Die für das Deutschum in Südwestafrika

Tagesspiegel

Der Reichskanzler hat in Gegenwart des Außenministers
Stresemann, des Finanzministers Luther und des Wirtschafts-
ministers Hamm die Mitglieder des ersten Sachver.ständigen-
Aussschusses empfangen. Der Reichskanzler sicherte die
Unterstützung der Ausschussarbeiten mit größter Beschleunigung
und rücksichtsloser Offenheit zu. General Dawes dankte
für die Zusage.

Abends empfing der Reichskanzler den zweiten Ausschuss
für die Kapitalflucht, der aus je einem Vertreter Englands,
der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Belgiens und Italiens
besteht. Vorsitzender ist der Engländer Mac Kenna.

Für den 1. Februar sind von der Reichsregierung auf
Befehlungskosten 45 Millionen Goldmark angezahlt worden;
der ganze Betrag für den Monat Januar beläuft sich auf
das Doppelte.

In der Pfalz sind neue französische Truppenverfä-
hungen eingetroffen. Die Reichsregierung hegt gewisse Ver-
sicherungen.

Zufolge der Unterredung des belgischen Außenministers
Jaspar mit Voltaire soll das Ruhrgebiet in zwei Teile zer-
legt werden, in ein französisches und ein belgisches Militär-
gebiet. — Das sieht nicht so aus, als ob man in der Pariser
Unterredung so ganz einig geworden wäre.

Es verlautet, Benizelos, der nach einer erregten Kam-
merverhandlung wieder einen Anfall von Herzschwäche erlitt,
beabsichtige, die Präsidentschaft niederzulegen.

Die Londoner Times erfährt, in Moskau herrsche über
die Nachfolgerschaft Lenins starke Meinungsverschiedenheit.
Die jetzige Oberleitung, Stalin-Kamenev-Tschichserin, wolle
so lange als möglich die Macht behalten, wobei Tschichserin
dem Namen nach die Führung haben solle. Die Ukrainer,
Weißrussen und Kaukasier verlangen, wenn eine gemein-
schaftliche Regierung nötig sei, so müssen alle Sowjetrepu-
blikan darin vertreten sein.

überaus wichtige Schulfrage ist zum Teil bereits vor
längerer Zeit insofern gelöst worden, als auf Grund einer
Vereinbarung mit den Deutschen in den Regierungsschulen
deutsche Klassen gebildet worden sind. Die Hälfte der
deutschen Kinder besucht aber noch wie vor die von der Be-
völkerung selbst unterhaltenen freien deutschen Schu-
len, unter denen diejenigen in Windhuk und Swakopmund
im Vordergrund stehen. Infolge der schwierigen wirtschaft-
lichen Verhältnisse, die zurzeit das Land bedrücken, ist der
Fortbestand der dortigen Schulen stark gefährdet. Die bis
zur Hälfte des Bedarfs gehenden Regierungsbeiträge, die
jetzt für eine Uebergangszeit zugestanden worden sind, wer-
den dieses Unglück abwenden. Bezüglich der deutschen Mi-
ssionen und Kirchen konnte man sich mit einer allge-
mein gehaltenen Erklärung begnügen, da die Verwaltung
des Mandatsgebiets bisher schon gezeigt hat, daß sie zu
deren wohlwollender Unterstützung die Hand bietet.

Den deutschen Farmern wird eine Vertretung im
Landamt, das für die Farmvergebung zuständig ist, und der
Landwirtschaftsbank, die den Farmern Kredite gewährt, ge-
sichert. Der zum überwiegenden Teil von Deutschen be-
wohnten Küstenort Swakopmund, die durch die Ver-
legung des Hafens nach der früheren englischen Walfisch-
bucht schwer beeinträchtigt worden ist, werden besondere
Maßnahmen der Regierung zum Zweck des Ausgleichs die-
ser Nachteile in Aussicht gestellt. Den deutschen Arbeit-
ern wird der Wunsch nach Einführung des südafrikanischen
Unfallentschädigungsgesetzes erfüllt. Schließlich übernimmt
die Mandatsverwaltung die Pensionen derjenigen deut-
schen Schutzgebietsbeamten, die sich bei der Uebergabe des
Gebiets an die Unions-Streitkräfte im Dienst befanden und
zurzeit im Land ihren Wohnsitz haben. Dieses Zugeständnis
bedeutet nicht nur eine Entlastung der Reichsfinanzen, son-
dern auch eine beträchtliche Vesserstellung der Pensionäre,
denen es zugute kommt. Von allgemeiner Bedeutung ist
schließlich die Bestimmung über die Einwanderung
von Deutschen in das Mandatsgebiet. Sie war bisher
grundsätzlich von der freien Entscheidung der Mandatsver-
waltung abhängig und praktisch an die Erlaubnis der Be-
hörde im Einzelfalle gebunden. Jetzt sollen die Einwande-
rungsgeetze der Union in Südwestafrika zur Anwendung
gelangen. Damit ist grundsätzlich die Einwanderungsfrei-
heit innerhalb der südlichen Grenzen zugestanden. In der
Denkschrift ist ausdrücklich gesagt, daß im Rahmen dieser
Gesetze die Deutschen willkommen sein werden.

Daß es der südafrikanischen Regierung mit dieser Er-
klärung Ernst ist, zeigt der Brief des Generals Smuts an
die deutschen Unterhändler, in dem er für die Deutschen so-
wohl in der Union als auch in Südwestafrika Worte warmer
Anerkennung findet und der Ueberzeugung Ausdruck
verleiht, daß sie an der Ausrichtung einer dauerhaften euro-

päischen Zivilisation auf dem afrikanischen Kontinent kräf-
tig mitarbeiten werden. Die Anerkennung hat eine über
den Kreis der vorliegenden Verständigung hinaus gehende
Tragweite insofern, als sie an ihrem Teil die Behauptungen
über die Unfähigkeit der Deutschen auf dem Gebiet der über-
seeischen Kolonisation und ihre Unwürdigkeit zu weiterer
Mitarbeit auf diesem Gebiet — Behauptungen, mit denen
bekanntlich nach außen hin die Wegnahme der deutschen
Kolonien begründet worden ist — widerlegt.

Die Hypotheken-Aufwertung

Wie bereits mitgeteilt, haben sich Reichsfinanzministe-
rium und Reichsjustizministerium bei den Kabinettsverhand-
lungen über die dritte Steuerreformordnung durch gegen-
seitige Zugeständnisse in der Aufwertung der Hypotheken
und Grundschulden verständigt. Die Aufwertung soll im all-
gemeinen auf 10 Prozent des Vorkriegswerts begrenzt wer-
den, während der Reichsfinanzminister von einer Aufwer-
tung zugunsten der Privatgläubiger nichts wissen wol-
len, sondern den ganzen Aufwertungsgewinn für den Staat
zu beschlagnahmen beabsichtigte. Dieem rechtlich und mora-
lisch anhaltbaren Standpunkt gegenüber hielt der Reichs-
justizminister daran fest, daß auch die Privatgläubiger ein An-
recht auf Aufwertung haben, worin er durch die Reichs-
gerichtsentscheidungen vom 28. November 1923 bekräftigt wurde.
So einigte man sich schließlich auf den bescheidenen Satz von
10 Prozent, der in Ausnahmefällen durch Reichsgerichts-
scheidung bis auf 25 Prozent erhöht werden kann.

Es werden nun voraussichtlich viele Fragen und Mei-
nungsverschiedenheiten auftauchen, z. B. wie es in solchen
Fällen zu halten sei, wo die Hypothekengläubiger die
Aufwertungsbezugnis zusteht, die bereits eine Beschlagnahme-
scheidung erteilt haben. Dem Ordnungsgang des Rechts
wird wohl inwieweit Rechnung getragen, als die Gläubiger je
nachdem noch Geld mit einer leidlichen Kaufkraft erhalten,
etwa bis Spätherbst 1922. Ende dieses Jahres stand der
Dollar aber bereits auf 7350, die Papiermark hatte also nur
noch den 1750sten Teil des Werts der Goldmark. Bei einer
Schuldregelung zu dieser Zeit würde also eine „Aufwertung“
von 10 Prozent nicht erreicht sein.

Am allgemeinen ist zu sagen, daß die Aufwertungsver-
ordnung von 10 bis 25 Prozent jedenfalls als Höchstgrenze
gedacht ist. Es dürfte am zweckmäßigsten sein, wenn inner-
halb dieser Grenzen durch Verhandlungen eine Einigung
zwischen Schuldner und Gläubiger unter Berücksichti-
gung der Zeit der Aufnahme der Hypothekens-
schuld und der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der
beiden Teile erzielt wird. Eine Hypothek nach dem Krieg hat
natürlich — an der Goldmark gemessen — an sich den Wert
einer Vorkriegshypothek nicht, und die Nachkriegshypotheken
verlieren in dem Maß an Goldmarkwert, je später sie aus-
genommen worden sind. Für Streitfälle dürfte sich die Ein-
richtung von Schlichterämtern empfehlen, wie sie an einzelnen
Orten in Deutschland und allgemein in Oesterreich bestehen.

Es bemerken wäre noch, daß die Aufwertung der Hy-
potheken und Grundschulden auch eine Neuordnung der
Sparkassenguthaben zur Folge haben wird.

Die dritte Steuerreformordnung

Die dritte Steuerreformordnung ist vom Reichskabinett ge-
nehmigt und bereits dem Reichsrat, dem Reichstagsausschuß
und dem Reichswirtschaftsrat zugestellt worden. Der wich-
tigste Teil über die Aufwertung privater Schulden enthält die
Bestimmungen:

Für Vermögensanlagen, d. h. insbesondere für Hypothe-
ken und andere dingliche Lasten, für Schuldverschreibungen
und andere Darlehensanprüche gegen private Schuldner ist
grundsätzlich eine Aufwertung auf 10 Prozent des Goldwerts
der Forderung vorgesehen. Besonders ungünstige Verhält-
nisse des Schuldners berechtigen ihn zu einer geringeren Auf-
wertung. Eine Sonderregelung ist für Pfandbriefe gegeben,
die den Ausschluß des Spekulationserwerbs und eine Begren-
zung von allem Besitz von Mündeln, gemeinnützigen An-
stalten, Stiftungen, sowie ähnlichen zu mündelsicherer Anlage
gezwungenen Gläubigern vorsieht. Für die Regelung von
Ansprüchen aus Sparkassenguthaben und Lebensversicher-
ungsverträgen gelten andere Befreiungen, die eine ange-
messene Verteilung der aufgewerteten Vermögensmassen
sicherstellen. Der zugelassene Aufwertung dient ein besonders
vereinfachtes Verfahren. Für öffentliche Anlagen ist bis zur
Abdeckung aller Entschädigungspflichtigkeiten der Staat
auf Kapital und Zinsen aufgeben worden. Wo aber auch
und wann, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt
der Zinsen- und Tilgungsdienst wieder aufgenommen werden
soll, wird später durch ein besonderes Reichsgesetz geregelt.

Die Gründe der Berechtigung ebenso wie die des
dringenden Finanzbedarfs von Reich, Einzelstaaten und Ge-

metnden zwingen dazu, den verbleibenden Geldwertverwertung des Schuldners zu besetzen. So werden Obligationsschuldner, die vor dem 31. Dezember ihre Schuldverschreibungen getilgt haben, mit 12 Prozent des Goldmarktwerts der Schuldverschreibungen besteuert. Die Steuer ist grundsätzlich in Halbjahresraten von je 2 Prozent zu zahlen. An diesem Zeitpunkt noch nicht getilgte Schuldverschreibungen tragen 2 Prozent Steuer, weil hier die Aufwertung noch hintritt.

Die Besteuerung der Geldwertverwertungsgewinne aus Aktien, aus der Ausgabe von Notgeld und aus öffentlichen Zuschüssen zum Bau von Wohngebäuden, sowie schließlich des Gewinns der Eigentümer von bebautem und unbebautem Grundbesitz wird vorbereitet. Bei unbebautem Grundbesitz wird im Interesse der Sicherung der Volksernährung die erste Rate zeitlich hinausgeschoben.

Die Steuer für Gewinne bei bebautem, insbesondere städtischem Grundbesitz (im Anschluß an die Steigerung der Mieten) soll ebenso wie die von unbebautem Grundbesitz den Einzelstaaten vorbehalten bleiben. Ihnen wird auch die Besteuerung der Geldwertverwertungsgewinne zugewiesen, die bei Holzverkäufen aus Forsten öffentlicher Körperschaften entstanden sind. Neben diesen neuen Steuern werden den Staaten die durch die neue Verteilung bestehender Steuerquellen erforderlichen Mittel zur Hebung ihrer dringendsten Haushaltsbedürfnisse zur Verfügung gestellt, insbesondere zur vollständigen Aufbringung der Besoldungen.

Der amerikanische Delfstempel

In der Weltindustrie ist immer etwas los. Die Delfstempelgeschichte ist im neuen Jahr um ein merkwürdiges Ereignis bereichert worden, das sich neben dem großen Standard des amerikanischen Standard Oil-Trusts der zehn Jahren sehen lassen kann. Wie der Herr H. Fall damals zu der Ehre kam, zum Staatssekretär des Innern der Vereinigten Staaten ernannt zu werden, ist heute noch dunkel, Tatsache aber ist, daß er das ihm übertragenen Amt zu höchst bedenklichen Privatgeschäften ausnutzte. So hat er z. B. bedeutende Delgebiete in den Staaten Wyoming und Kalifornien, die von der Regierung für den Bedarf der Kriegsmarine vorbehalten waren und im Jahr 1921 zur Ausschüttung an Privatgesellschaften verpachtet werden sollten, kurzerhand an die Sinclair-Gesellschaft gegen ein „Geheimnis“ von 100 000 Dollar gegen einen lächerlich geringen Pachtzins abgegeben. Fall ist auch in andere anrüchliche Erdölgeschäfte verwickelt. Er hat u. a. im Sommer 1921 an den Vorden das Gerüst verbreiten lassen, die mexikanischen Erdölquellen seien schon nahezu erschöpft. Die Rüge, die sich natürlich nicht lang halten konnte, soll ihm und seinen Hintermännern einen schönen Börsengewinn abgeworfen haben. Fall wurde aus dem Staatsdienst entlassen, und er ist aufgefordert worden, sich vor dem Gerichtshof in Washington zur Vernehmung zu stellen. Ebenso das Haupt der Sinclair-Gesellschaft, Herr H. F. Sinclair, der jedoch einige Tage vorher nach Paris abgereist war; die Gesellschaft besitzt nämlich auch in Frankreich große Kapitalsanlagen. Die einschlägigen Geschäftsbücher scheint er mit auf Reisen genommen zu haben, denn sie waren in Amerika nicht vorzufinden. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für Ländereien hat einen Antrag eingebracht, der vom Abgeordnetenhause bereits angenommen ist, daß die Pachtverträge für ungültig erklärt werden. Dem Marinestaatssekretär De n o b, der um die Nachschaffung Falls wußte, wird vorgeworfen, daß sein Verhalten mindestens grob fahrlässig gewesen sei. Der Sinclair-Konzern hat immerhin den großen Trost, daß er zu gleicher Zeit das Recht zur Ausbeutung der Erdölquellen in den vier nordpersischen Provinzen erhalten und als Gegenleistung nur versprochen hat, der jetzigen persischen Regierung bei der Aufnahme einer Anleihe von zehn Millionen Dollar behilflich zu sein.

Washington, 31. Jan. Der Senat hat die Uebertragung der Erdölfelder an die Sinclair-Gruppe für ungültig erklärt, da bei dem Verkauf Betrug und Bestechung im Spiel gewesen seien.

Denkt an die hungernden Vögel!

Frauen, richtet mir nie des Mannes einzelne Taten; Aber über den Mann sprichet das richtende Wort!

Schiller

Gefreit ohne Liebe.

Roman von Erich Eckenstein.

Arbeterschutz Stuttgart. Romanzentrale C. Adersmann-Stuttgart.)

(Nachdruck verboten.)

„Wie — dieser Mensch — schon wieder — obwohl ich —“
„Ja, siehst Du, mein guter Hanns, das war es ja eben: Ich weiß, daß Du Sternbach nicht magst und wolltest darum Britta veranlassen, ihn nicht zu empfangen. Da überschütete sie mich mit Vorwürfen. Ich hätte mich da nicht einzumischen, habe überhaupt hier nichts zu bestimmen und lasse sich den einzigen Freund, den sie habe, nicht nehmen! Gott, ich wußte ja wirklich nicht, daß ich ihr dabei so tief ins Herz griff!“

Heider hörte blaß mit gerunzelter Stirn zu.
„Wo sind Sie? Im Park?“ fragte er finster.
„Nein, Britta ließ ihn in ihr Wohnzimmer führen. Wahrscheinlich wollte sie ganz ungehört mit ihm sein.“
Jedes Wort wirkte wie ein Pfeil in offene Wunden auf Heider. Instinktiv machte er eine Bewegung nach der Treppe zu. Hertha hielt ihn erschrocken zurück.

„Sei vernünftig, Hanns? Ach beargweibe Dich ja vollkommen! Aber — willst Du die Sache zum Standal treiben? Wende Dich Du etwas damit? Bedenke: Wer den Schaden hat, hat auch den Spott; sei vornehm, Hanns! Und vor allem tue nichts Ueberheites — zeige niemandem, am wenigsten den beiden oben, wie tief Brittas Untreue Deinen Stolz trifft!“

Untreue! Das Wort mit Bedacht gewählt — war heraus. Heider zuckte zusammen, als habe er einen Schlag erlitten. Ein dumpfes Stöhnen entrang sich seiner Brust. „Gott, Stolz! Wenn Hertha wußte, daß nicht bloß der Stolz, sondern tausendmal mehr noch sein Herz getroffen war!“

Hertha legte die weiße ringelgeschmückte Hand sanft auf seinen Arm und sprach beruhigend auf ihn ein. Ihre Stimme klang jetzt weich und zärtlich wie die einer Mutter, die ihr geliebtes Kind tröstet.

Neue Nachrichten

Reichsjustizminister und Reichsgericht

Berlin, 31. Jan. Reichsjustizminister E m m i n g e r beantwortete ein (bis jetzt nicht bekannt gewordenes) Schreiben des Richtervereins des Reichsgerichts zur Hypothekenaufwertung und zu den Vollstreckungsordnungen in gereiztem Ton: Das Schreiben warnt die Reichsregierung vor Maßnahmen, die einen schweren Stoß nicht nur für das Ansehen der Reichsregierung, sondern auch für das Rechtsgesühl im Volk und für den Glauben an das Recht bedeuten könnten. Demgegenüber müsse er (der Minister) darauf hinweisen, daß es zur Auflösung der Rechtsordnung und zu einer unheilvollen Erschütterung des Staatsgefüges führen müßte, wenn ein Gericht für sich das Recht in Anspruch nehmen wollte, ein verfassungsmäßig zustandekommene Gesetz nicht anzuwenden, weil es nach der Ansicht der Mehrheit seiner Mitglieder mit dem allgemeinen Sitte n g e s e z nicht in Einklang stehe. Es würde dem Volk jeden Halt nehmen, wenn man auch nur einen Zweifel daran bestehen ließe, daß sich das Leben des einzelnen und der Gesamtheit nach dem Gesetz zu richten hat und die Gerichte nach den bestehenden Gesetzen Recht sprechen. Es wäre zu bedauern, wenn nach dieser Richtung das Schreiben des Richtervereins Anlaß zu Mißverständnissen gegeben haben sollte und es sei wünschenswert, solchen Mißdeutungen durch offene Aussprache vorzubeugen.

Erweiterung des Beamtenabbaus

Berlin, 31. Jan. In einer Beamtenversammlung wurde mitgeteilt, daß vom Reichsfinanzministerium beschlossen sei, den Abbau der Beamtenschaft von 25 auf 30 Prozent zu erweitern. Eine weitere Ausdehnung werde je nach der Finanzlage des Reichs vorbehalten.

Stresemann und der Sechzigerausschuß

Berlin, 31. Jan. Die Vertretung der besetzten Gebiete in Berlin, der Sechzigerausschuß, der nach einem scharfen Zusammenstoß mit dem Reichsminister Stresemann sich vertagt hatte, hat die nächste Beratung über die Weiterzahlung der Besetzungskosten auf 7. Februar anberaumt und Stresemann aufgefordert, in der Sitzung zu erscheinen. Die Mehrheit für die Weiterzahlung der Besetzungskosten soll nicht mehr sicher sein.

Neuer Lohnabbau in Berlin

Berlin, 31. Jan. Die Berliner Industrie hat für den 2. Februar neue Lohnherabsetzungen angekündigt. In den Betriebsabstimmungen gegen die Arbeitszeitverlängerung hat sich durchschnittlich nur ein Fünftel der Arbeiter beteiligt, der Aufforderung der Betriebsräte, nach acht Stunden die Betriebe zu verlassen, wurde nirgends Folge geleistet.

Der Neuzustand bei der Eisenbahn

Berlin, 31. Jan. In den Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern erklärte sich das Reichsverkehrsministerium bereit, für die neunstündige Tagesarbeit 8 1/2 Stunden zu bezahlen. Die Gewerkschaften verlangten volle Lohnzahlung und für die neun Stunden den Leberstundenzuschlag. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, wird die Lohnfrage wahrscheinlich durch Verordnung geregelt werden.

Moskauer Wählerleben

Berlin, 31. Jan. In verschiedenen kommunistischen Geschäftsstellen in Berlin und im Reich, besonders in Mitteldeutschland, sind neue Pläne, Geldsummen und bedeutende Waffenlager entdeckt worden. Zahlreiche Schriftstücke aus Moskau wurden beschlagnahmt.

Der Fall Thormann-Grandel

Berlin, 30. Jan. Der wegen Beteiligung an dem beobachteten Anschlag gegen General v. Seeckt verhaftete Augsburgener Fabrikant Dr. G r a n d e l hat bei der Gegenüberstellung mit dem Justizrat C l a s h, dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbands, erklärt, daß an seinen Beziehungen gegen Clah kein wahres Wort sei. Bei Grandel wurde ein schweres Herzleiden festgestellt, das er sich in seinem Beruf als Chemiker durch Gasvergiftungen zugezogen hat. In der Untersuchungshaft ob u r t r a n k und schlief er fünf Tage nicht. Zeugen bekunden, daß Grandel nach erstickenden

Vorkommnissen das Bewußtsein völlig verliert und in Zustand der Bewußtlosigkeit handelt.

Deutschnoerfolgung in der Tschechoslowakei

Prag, 31. Jan. Laut Prager Tageblatt beabsichtigt das Bodenamt im nächsten Jahre 15 bis 20 000 Hektar landwirtschaftlichen Bodens in Deutschböhmen zu parzellieren, um dort tschechische Arbeiter anzustellen. Die Deutsche nationale Partei hat in dieser Angelegenheit eine Anfrage an den Innenminister gerichtet.

Die Schiebungen im Wiederaufbau

Paris, 31. Jan. In der Kammer wurde bei der Beratung des Spar- und Steuerentwurfs von der Finanzkommission beantragt, 100 bis 120 000 Aktienstücke über ausbezahlte Wiederaufbaubeiträge neu zu untersuchen, da sich bedeutende Schiebungen und Unredlichkeiten bei der Prüfung ergeben haben. Dieser Antrag wurde angenommen, jedoch die in Frage kommende Summe stark herabgesetzt. — Die Untersuchung wird daher für die Schuldigen nicht sehr gefährlich werden.

Vermindeung der englischen Marineausgaben

London, 31. Jan. „Daily Express“ meldet, der neue Schatzkanzler S n o w d e n habe die Herabsetzung der Marineausgaben um 50 Millionen Pfund Sterling verlangt. Die Forderung habe in der Admiralität große Beunruhigung hervorgerufen.

Eigene Vertretung Kanadas in Washington

Ottawa, 31. Jan. Die kanadische Regierung hat den General Curis zum Botschafter in Washington ernannt. Kanada wird demgemäß nicht mehr, wie bisher, amtlich durch den englischen Botschafter vertreten sein.

Kämpfe in Manila

Newport, 31. Jan. Aus Manila wird gemeldet, daß bei einem Gefecht zwischen Aufständischen und amerikanischen Polizisten 54 amerikanische Polizisten getötet und 2 verwundet wurden.

Erste Lage in Mexiko

Washington, 31. Jan. Die Regierung hat die Jurisdiktion der Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten aus den mexikanischen Gewässern widerrufen, da ein Kampf bei Veracruz wahrscheinlich ist, wobei die Vereinigten Staaten wichtige Interessen zu schützen hätten.

Die mexikanischen Regierungstruppen sollen Orizaba, die bedeutendste Industriestadt im Staat Veracruz, eingenommen haben und auf Cordoba marschieren. Bei der Einnahme von Esperanza sollen 1500 Aufständische gefangen genommen worden sein.

Evangelische Gesinnung gegen Terror und Herrenstandpunkt

Wie die Berliner Zeitung „Der Deutsche“ mitteilt, richteten die evangelischen Pfarrer des Synodalkreises Elberfeld aus Anlaß der mit besonderer Schärfe im bergischen Lande ausgeprägten wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe ein offenes Wort in erster Stunde an die Bevölkerung. In dem in den Tageszeitungen des Buppertals veröffentlichten Aufruf heißt es u. a.: Mit ernster Sorge sehen wir auf den Gang der gegenwärtigen sozialen Kämpfe in unserem bergischen Industriebezirk. Wohin führen sie? Gibt es keinen Weg, die steigende Schärfe dieser Auseinandersetzungen zu mildern? Wird nicht unsere so nötige Volksgemeinschaft aufs schwerste bedroht? Wir bitten deshalb herzlich im Namen Jesu Christi, doch eine Höherführung des allgemeinen Handels anzustreben und auch bei den wirtschaftlichen Kämpfen die Maßstäbe des Evangeliums Jesu Christi nicht vergessen zu wollen. Wir bitten die Arbeitnehmer dringend und herzlich um Jesu willen: Entsaßt jedem Terror und vergeßt das Wohl des Ganzen nicht, gebt eure Zeit und Kraft her, wo sie nur immer nötig ist, zum Aufbau unseres Volkslebens! Nicht weniger dringend und herzlich bitten wir in denselben Herrn Namen die Arbeitgeberverbände: Gebt dem Arbeiter, der euch keine Zeit und Kraft gibt, was er bedarf, um sich und seine Kinder in dieser ungeheuren Notzeit zu erhalten, zu ernähren und zu kleiden.

thas rote Lippen grausam den Schleier von den Dingen zogen.

„Hi — Du bist eifersüchtig? Du liebst ihn also selber, obwohl er sich nichts aus Dir macht?“

Sie schauderte. Nein — nie durfte das geschehen! Es hieß ausharren und warten. Warten, bis er selber den Mut fand, das erlösende Wort zu sprechen —

15.

Der Herbst war ins Land gezogen und mit ihm Her Herr von Erfels Urlaub ab. Er hatte keine Gelegenheit mehr gefunden mit Heider über Britta zu sprechen, denn Heider machte sich für alle Welt unsichtbar. Er verkehrte ausschließlich nur mehr mit seiner Kusine, die ihn täglich aus der Fabrik abholte und weite Ausflüge mit ihm unternahm, so daß die Arbeiter bereits darüber zischelten.

Frau von Erfel nahm die Dinge philosophisch.

„Es ist aussichtslos, da noch veröhnen zu wollen,“ sagte sie zu ihrem Mann. „Die Kiefebred hat alle so verhebt, daß sie die arme Britta in Karolinenruhe ja geradezu hassen. Der beste und einzige Ausweg für Britta bleibt die Scheidung!“

„Was — damit wäre ihr Leben erst recht zerstört. Es ist geschaffen zu lieben und geliebt zu werden!“

„Gewiß! Aber laß sie doch nur erst frei sein! Dann weiß ich schon einen, der sie auf Händen durchs Leben trägt, und dann sinde ihr Glück erst an!“

Herr von Erfel schüttelte den Kopf.

„Ach glaube, Liebste, Du schäpest Britta nicht richtig ein!“ Baron Sternbach hatte sich entschlossen, in Mahrenberg zu bleiben. Er male ein großes Bild, hieß es. Nur zu Melanie Erfel hatte er sich ausgedrückt.

„Ich kann Frau Britta nicht sich selbst überlassen! In der Lage, in der sie sich befindet, kann sie plötzlich einer stützenden oder helfenden Freundeshand bedürfen. Dann will ich wenigstens in der Nähe sein.“

Am Tage nach Herrn und Frau von Erfels Abreise machte sich Britta gegen Abend auf den Weg zu Frau Wosenko, deren Geburtsstag morgen war, aus welchem Anlaß sie ihr ein Ketten mit dem Emailbildchen der kleinen Grete bringen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 31. Jan.

Der Landtag stimmte heute zunächst einem Antrag Pflüger (Soz.) und Gen. zu, der vom Staatsministerium verlangt, daß es im Hinblick auf die am 1. Februar 1924 in Kraft tretende Erhöhung der Tarife für Zeitkarten (Arbeiterfahr- und Schülerkarten) am das Eineinhalbfache bei der Reichsregierung alsbald für eine Herabsetzung dieser Tarife auf ein mit den gegenwärtigen Lohnlöhnen zu vereinbarendes Maß mit Nachdruck eintrete. Staatsrat Paulicherte die nachdrückliche Vertretung der Forderung zu. Sodann wurde die zweite Lesung des Kirchengesetzes bei den Bestimmungen über das Festsetzungsrecht der kirchlichen Körperschaften fortgesetzt. Mehrere Abänderungsanträge der Rechten, gegen die geltend gemacht wurde, daß sie die Interessen des Staats vernachlässigen würden, wurden abgelehnt. Im Lauf der Aussprache vertritt der Kultminister Dr. Hieber, daß der Kirche in irgend einer Bestimmung des Gesetzes eine unwürdige Stellung zugemutet werde. Solange der Staat der Kirche so namhafte Mittel gebe, sei es unmöglich, der Kirche unumschränkte Freiheit bezüglich ihres Besteuerungsrechts einzuräumen. In die inneren Verwaltungsangelegenheiten der Kirche werde das Kultministerium nicht eingreifen. Man müsse danach streben, Reibungsflächen in diesem Gesetz möglichst zu vermeiden. — Morgen wird die Beratung fortgesetzt. Außerdem stehen auf der Tagesordnung noch einige Anträge.

Württemberg

Stuttgart, 31. Jan. Beamtenabbau. Auf 31. Jan. treten im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Präsident des Verwaltungsgerichtshofs, Wirkl. Staatsrat von Kern und Archidirektor Dr. v. Schneider in den Ruhestand. **Vom Landtag.** Abg. Ströbel und Gen. (B.B.) haben den Antrag eingebracht, die Beschränkungen im Viehverkehr und die Zwangsmaßnahmen im Milchverkehr aufzuheben. Die Fraktion der Bürgerpartei und des Bauernbunds hat eine Entschließung gegen die Berringerung der Zahl der Oberämter gefaßt, die auf der einen Seite keine wesentliche Ersparnis, auf der andern Seite aber starke Mehrkosten und Erschwerungen und Unständlichkeiten mit sich bringen würde. **Die Neueinteilung der Oberamtsbezirke.** In Württemberg sollen bekanntlich 26 Oberämter „abgebaut“ werden. Halbamtlich wird Gemeinden, die von der Veränderung betroffen werden und eine Änderung in bestimmter Richtung wünschen, der Rat erteilt, jetzt schon ihre Wünsche bei den zuständigen Regierungsstellen vorzubringen, denn eine zweite Gelegenheit werde sich voraussichtlich so bald nicht wieder bieten. — Er kann nicht verhehlt werden, daß der Verwaltungsabbau im Land nichts weniger als populär ist und auf starken Widerstand stoßen wird.

Zuffenhausen, 31. Jan. Das Erscheinen eingestellt. Das neue Anzeigenblatt hat kein Erscheinen eingestellt, da es in der Bevölkerung keine Unterstützung gefunden hat.

Koffweil, 31. Jan. Jäger Tod. Der in den 60er Jahren stehende Fuhrmann Kläber bei der Firma Gebr. Schenker, Ziegelwerke Schweningen, mußte Ziegel nach einer badischen Ortschaft befördern. Auf der offenen Landstraße wurde er von einem Schlaganfall betroffen und war sofort tot. Die Pferde waren bei ihrem toten Lenker stehen geblieben.

Merrieden u. Laupheim, 31. Jan. Neue Brücke. Der Unfall auf der Mersfähr, der noch gnädig abgelaufen ist, hat den Wunsch nach einer Brücke über die Mers erregt. Für den Brückenverkehr kommen sechs württembergische und einige bayerische Ortschaften, sowie die Fuggersche Ständeherrschaft besonders in Frage. Eine Verammlung wird demnächst zu der Brückenfrage Stellung nehmen.

Zolleneule, 31. Jan. In schwieriger Lage. Als das mit zwei Pferden bespannte Fuhrwerk des Gutsbesizers Allgauer in Fohmackerhof auf dem Weg nach der Steinenbacher Mühle einen steilen Waldweg durchfuhr, kam der Wagen infolge eines Risses am Kutschen und rief die Pferde mit über die Straße in den steilen Waldhang. Glücklicherweise wurde der Wagen mit den Pferden von den Bäumen aufgehalten. Nachdem der Knecht durch Abschneiden der Stränge die Pferde aus der gefährlichen Lage befreit hatte, holte er Hilfe. Ein Pferd konnte am steilen eigenen Gang zum Stehen gebracht werden, das andere wurde auf Lärchen gelegt und den Waldhang hinuntergezogen. Die Pferde haben nur leichte Verletzungen davongetragen.

Sigmaringen, 31. Jan. Ein seltenes Fest. Ein seltenes Fest hat in diesem Monat ein geborener Sigmaringer gefeiert: Pfarrer Reinhold Sauter den 30. Geburtstag als aktiver Pfarrer von Obereggingen. Er ist hier am 8. Januar 1844 geboren. Die Gemeindevorstande und Interessierten ernannten ihren Pfarrer bei diesem Anlaß zum Ehrenbürger.

Das Wetter

Der Hochdruck über Süddeutschland behauptet sich vorerst noch. Bis Sonntag und Sonntag ist Fortsetzung des trockenen und kalten Wetters zu erwarten.

Baden

Begegnung

Karlsruhe, 31. Jan. Auf Anregung der Reichsregierung hat die badische Regierung die drei Reichsdenkmäler, die seinerzeit den nichtmündigen Ueberfall auf den Deutsch-Amerikaner Bergdöll gemacht hatten, freigelassen. Von amerikanischer Seite war wiederholt an die Reichsregierung das Ansuchen gestellt worden und der Vorsitzende des deutsch-amerikanischen Hilfsausschusses, Karl Nagel, soll sich in letzter Zeit ebenfalls für die Ueberläufer verwendet haben.

Karlsruhe, 31. Jan. Die hiesigen Kommunisten planen hier und an andern Orten am Sonntag eine Kundgebung.

Weinheim, 31. Jan. Die Einbruchdiebstähle, die in der letzten Zeit hier und in der Umgebung verübt worden sind, haben jetzt infolgedessen einige Aufklärung erfahren, als die Diebe in einem Straßenbahnwagen erkannt worden sind. Sie fuhren mit der Straßenbahn von Käferthal nach Weinheim und der Straßenbahnfahrer machte die Wachen auf die verdächtigen Fahrgäste aufmerksam. Als die Wachen erschienen, ergriffen die Verbrecher unter Zurücklassung ihrer Schutzwaffen und ihres Diebeswerkzeugs die Flucht. Der Oberamtsverwaltungsbeamter Genuis wurde bei der Verfolgung der Täter durch einen Messerstich schwer verletzt.

Freiburg, 31. Jan. Ein Auto, das aus der Stadt kam, durchfuhr in schnellem Tempo die geschlossene Schranke des Eisenbahnüberganges in der Gasse, die der Abbruch-

zug aus dem Höllental herandraufte. Das Auto wurde gefaßt und etwa 30 Meter geschleift. Der Führer Ingenieur Julius Gerspacher wurde sofort getötet, die beiden anderen Fahrgäste, eine Varietékünstlerin und ein Student, erlitten schwere Verletzungen. Das Auto ist vollständig zerstört.

Konstanz, 31. Jan. Wegen Kindesmißhandlung mußte sich der 48jährige verheiratete Sattler Karl Schindler vor der Strafkammer verantworten. Er hatte u. a. seiner 10jährigen Stieftochter ganze Büschel Haare ausgerissen, das Mädchen mit Füßen getreten und sein 5jähriges Stiefkinderchen an die Wand geworfen und ihm Fußstritte versetzt. Das Gericht verurteilte den Rohling zu 10 Wochen Gefängnis.

Vom Bodensee, 31. Jan. Abbau. Blättremedungen zufolge befindet sich unter den Oberpostdirektionen, die dem allgemeinen Abbau der Reichspost zum Opfer fallen, auch die Oberpostdirektion Konstanz. Ihre Aufhebung soll mit der Begründung erfolgen, daß Württemberg nur eine Oberpostdirektion, Baden dagegen deren zwei aufzuweisen hat.

Oberrach, 31. Jan. In Oberrach ist eines der größten französischen Spionagenetze. Vor kurzem wurde schon ein französischer Spion in Singen verhaftet, worauf die Franzosen einen höheren deutschen Beamten im Ruhrgebiet als „Geißel“ festnahmen. Ferner wurden als in französischen Diensten stehend der Direktor der Deutschen Handels-A.G. in Oberrach und einige Helfershelfer entlarvt und festgenommen. Nun ist es den deutschen Behörden gelungen, den zweiten Vorstand der Baseler Spionagestation in der Bodenseeregion zu verhaften. Die Geschäftsräume der Deutschen Handels-A.G. in Oberrach, die Dicken zum Direktor hatte, sind von der Polizei geschlossen und die Bücher beschlagnahmt worden.

Kotales.

Wildbad, den 1. Februar 1924.

Kinden-Viichtspiele. Am Samstag und Sonntag kommt in den Licht ein Brautprogramm zur Vorführung. „Des nächsten Weib“ betitelt sich das erste Stück, ein Gesellschafts-Drama in 5 Akten mit Dary Holm, Corla Ferrer und Rolf Pinegger in den Hauptrollen. Nicht allein, daß das Stück infolge seiner überaus spannenden Handlung seine Zugkraft nicht verfehlen wird, sei noch im besonderen auf die wirklich erstklassige Besetzung der Hauptrollen aufmerksam gemacht, die eine glänzende Wiedergabe dieses Dramas garantieren. Als Beiprogramm läuft ein zünftiges Wild-Weib-Drama, betitelt „Der gelbe Streifen“ mit keinem Geringeren als Eddie Polo, dem König aller Sensations-Vorstellungen, in der Hauptrolle. Es sei noch verraten, daß der Film von Anfang bis Ende reich an Sensationen und aufregenden Reiterkunststücken der Cowboys ist. Es veräume niemand, sich dieses erstklassige Programm anzusehen. y.



Calmb. Arbeit die ganze Woche oder nur einen Tag, das war unlängst in der Fabrik Gauthier-Calmbach die Frage. Nach uns gewordenen Nachrichten habe die Fabrikleitung der Arbeiterschaft die Mitteilung gemacht, es könne wider die ganze Woche geschafft werden, wenn zur Bewältigung erhöhter Aufträge täglich 10 Stunden gearbeitet würde. Da aber wegen des allgemeinen Preisabbaues die Erzeugnisse um 25 % billiger abzugeben wären, müsse die Arbeiterschaft sich zur Frage einer Lohnherabsetzung äußern. Die Abstimmung habe ergeben 172 Nein, 5 Ja und eine Stimmenthaltung. Demzufolge konnte die Fabrikleitung große Aufträge zu dem um 25 % ermäßigten Betrag nicht annehmen und das hat wiederum zur Folge, daß anstatt nunmehr voll beschäftigt zu sein, nach wie vor nur an einem einzigen Tag in der Woche gearbeitet werden kann.

Was der Februar bringt. Der Februar ist in diesem Jahr ein Schaltmonat mit 29 Tagen. — Das Ermächtigungsgesetz läuft am 15. Februar ab. — Auf finanziell-technischem Gebiete sind verschiedene Verordnungen von Wichtigkeit: Am 10. Februar ist erstmalig die Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1924 zu entrichten und die Umsatzsteuer für 1924 fällig; für Einkommen aus den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft ist die erste Vorauszahlung bis zum 29. Februar zu leisten, bis zu welchem Tag auch die Vermögenssteuer für 1924 in Höhe des halben der Vermögenssteuererklärung entsprechenden Betrag an die Steuerkassen abzuführen ist.

Zum Personalabbau. Nach einer Anordnung des Reichspostministeriums sollen grundsätzlich die über 60 Jahre alten Postbeamten aller Besoldungsgruppen pensioniert werden, wenn nicht zwingende dienstliche Gründe dagegen sprechen. Bis zum 1. April müssen in allen Oberpostdirektionsbezirken mindestens 15 Prozent des Personals abgebaut sein.

Postnahmeverkehr. Die Postgebühren für Postnachnahmeleistungen im inneren deutschen Verkehr und im Verkehr mit dem Saargebiet sowie der freien Stadt Danzig wird am 1. Februar von 20 auf 10 Pfennig herabgesetzt.

Erhöhung der Straflage für Postpakete aus dem unbefestigten Gebiet. Die Rheinlandkommission hat mit Wirkung vom 1. 1. 1924 die Straflage für Postpakete, die aus dem unbefestigten Gebiet eingeführt werden, im Gewicht bis einschließlich 10 Kilogr. verdreifacht, für schwere Sendungen verdreifacht.

Frachtdienstleistungen der Eisenbahnverkehrsordnung. Es werden jetzt bei der Auslieferung von Gütern vielfach noch die doppelseitigen bedruckten (verleierten) Frachtdrucke als Originalfrachtdrucke abgegeben. Dies ist nicht mehr zulässig. Die verbleibenden Frachtdrucke sind vielmehr bereits durch Anordnung des Reichsverkehrsministers vom 31. März 1921 aufgehoben und ihre Verwendung zunächst bis Ende 1923 weiter bewilligt worden. Dies ist jetzt nicht verlängert worden. Um den Verkehr den Aufbrauch etwa noch vorhandener Bestände zu ermöglichen, hat der Reichsverkehrsminister jedoch zugelassen, solche Frachtdrucke nach handchriftlicher Ergänzung — Anfügung des Wortes „Duplikat“ hinter dem Worte „Frachtdruck“ — noch als Frachtdruckduplikate zu benutzen.

Reichsanleihen sind keine Steuerzahlungsmittel. Vom Reichsfinanzministerium wird darauf aufmerksam gemacht,

daß Anleihestücke usw. wes. Reichs zur Begleichung von Steuern nicht in Zahlung genommen werden, da sonst der Zweck der Anleihen, dem Reich flüssige Geldmittel für längere Zeit zur Verfügung zu stellen, nicht erreicht würde. Insbesondere werden nicht in Zahlung genommen die mit Zinsscheinen ausgestatteten Stücke der Goldanleihe, — d. h. solche im Nennwert von 42 Goldmark = 10 Dollar und mehr —, die Dollarobligationen, die auslosbaren Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1923 (K.-Schätze) sowie die 6prozentigen auf Gold lautenden Schatzanweisungen, rückzahlbar am 1. Dezember 1932. Eine Ausnahme ist nur für die nicht mit Zinsscheinen versehenen Stücke der am 2. Sept. 1932 fälligen Goldanleihe, — d. h. solche bis zu 5 Dollar — zugelassen worden.

Einkommensteuervorauszahlung und Einzelhandel. Die Verhandlungen der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels mit dem Reichsfinanzministerium; um die im Gesetz festgelegte Höhe der Vorauszahlung für die Einkommensteuer auf ein für den Einzelhandel erträgliches Maß herabzusetzen, sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Die Höhe ist in folgender Weise festgelegt worden: Für den gesamten Einzelhandel 1,2 v. H. für reine Lebensmittelgeschäfte, 0,7 v. H. für gemischte Warenhandlungen, im ländlichen Bezirk 0,9 v. H. Die Vorauszahlung für die Einkommensteuer hat an den gleichen Terminen wie für die Umsatzsteuer zu erfolgen, also erstmals am 10. Februar 1924.

Die Ausschaltung des Einzelhandels. Die Einzelhandelsfreie führen in letzter Zeit besonders lebhaft Klage darüber, daß zahlreiche Industrie- und Großhandelsbetriebe, auch einige amtliche Stellen sie dadurch erheblich schädigen, daß sie unter Ausschaltung des legitimen Einzelhandels und unter Umgehung der steuerlichen Verpflichtungen Gegenstände des täglichen Bedarfs, hauptsächlich Lebensmittel, auch Textilien, in großen Mengen einkaufen und an die Beamten, Angestellten und Arbeiter abgeben. Die Handelskammer Stuttgart nimmt angelegentlich Beschwerde über den wilden Handel nachdrücklich gegen diesen Mißstand Stellung.

Fröstarkefeln. Wenn Kartoffeln durch Frost einen süßen Geschmack bekommen haben, so legt man sie geschält einige Stunden ins Wasser. Sie verlieren den süßen Geschmack auch, wenn man sie längere Zeit in einem kochenden warmen Raum lagert. Oder man legt süß gewordene Kartoffeln mit kaltem Wasser aufs Feuer; sobald sie zu kochen anfangen, gieße man das Wasser ab und schütte neues heißes Wasser darauf. Nach Zugabe des nötigen Salzes werden die Kartoffeln essbar sein.

Stehle Seide. Wenn man der Seide eine gewisse Steife geben will, was allerdings ihrer Natur gar nicht entspricht, so habe man sie nach dem Waschen in einer Abkochung von isländischem Moos, Andere Mittel sind zu vermeiden, da sie dem Stoff schaden. Am besten läßt man Seidenstoffe, wie sie sind.

Allerlei

Das Gehalt des österreichischen Bundespräsidenten beträgt nach der Feststellung des Finanzausschusses des Nationalrats 22.000 Goldkronen jährlich und steht weit unter den Bezügen jedes anderen Staatsoberhauptes.

Die Leipziger Messe unter der Erde? In Leipzig machen zwei ebenso große wie kühne Bauprojekte von sich reden. Es handelt sich um den Bau eines Messehauses unter dem Marktplatz und eines Untergrundmesse- und Handelshauses unter der südlichen Seite des Augustusplatzes. Dieses mit einem Zugang zur projektierten Uferbahn. Dem Vorhaben nach soll der Rat dem ersten Plan schon grundsätzlich zugestimmt haben.

Auswanderung aus dem besetzten Industriegebiet. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet macht sich eine sehr starke Auswanderungsbewegung nach Südamerika bemerkbar. Wie das Bochumer Volksblatt erzählt, beträgt die Zahl der in der nächsten Zeit nach Südamerika Auswandernden bereits mehrere Tausende. Beispielsweise gehen in den nächsten Tagen von Hagen i. W. mehrere Transporte von insgesamt ungefähr 1000 Personen nach Brasilien ab.

Nach einer Aufstellung des Gewerkschaftsrats sind aus Ungarn in den ersten acht Monaten des Jahres 1923 60.000 Facharbeiter, das sind 3,4 Prozent der Gesamtzahl, ausgewandert.

Ballonunglück? In Nordhessen wurde ein mächtiger Freiballon beobachtet, welcher mit großer Geschwindigkeit von Süden kommend nach Norden zog. In der Nähe der jetzt dänischen Stadt Løndern blieb er mit seinen langen, herabhängenden Stabirösen in einer elektrischen Hochspannungsleitung hängen. Er hatte kein Gondel, anscheinend war er irgendwo auf der Fahrt losgerissen worden. Der Ballon trug die Aufschrift: S. A. B. (L. O. E.). N. O. 1. Nach dem Zustand des großen, neuen Ballons zu urteilen, scheint er unterwegs auf ein Hindernis gestoßen zu sein, wobei die Luftschiffer verunglückt sein dürften. Ueber keine Herkunft ist nichts bekannt.

Bavaria Wasserkraftwerke. Am Samstag wurden die beiden größten Wasserkraftwerke Deutschlands, das Waldenwerk und das Bayerwerk, teilweise in Betrieb gesetzt. 2 Turbinen und 2 Maschinenfähe wurden in Betrieb genommen und die elektrische Kraft nach Nürnberg an das große Kraftwerk Franken weitergeleitet. Im Sommer wird noch die mittlere Star hinzukommen, so daß das bayerische Wirtschaftsleben einigermassen unabhängig von der Kohlenversorgung werden wird.

Schwere Stürme wütheten an der norwegischen und dänischen Küste, die Menschenleben verurteilten und schweren Sachschaden anrichteten.

Strenge Kälte herrscht gegenwärtig in ganz Griechenland. In Athen sank der Wärmemesser auf 8, in Naxosdonien auf 18 Grad unter Null. In Saloniki sind 159 Personen infolge der Kälte umgekommen.

Das Todesurteil einer Strafkammer. Die Strafkammer in Bernburg verurteilte in voriger Woche einen Angeklagten, der keinen eigenen Sohn folgeschlagen hatte, nach 6-stündiger Sitzung zum Tode. Das Urteil ist nach der neuen Reichsgerichtsverordnung sofort rechtskräftig. Es dürfte das erste Todesurteil sein, das in Deutschland von einer Strafkammer gefällt worden ist.

Das Leipziger „Panorama“, ein großer Veranstaltungsbau, ist am 29. Januar größtenteils ausgebrannt. Das Glasdach konnte trotzdem fast ganz gerettet werden.

Die Fünftagesmode wird farbenunterdrücken, die mit der Einheit des Regenbogens wechsellern. Eine besondere Rolle wird Rot spielen. Natürlich trägt man alle möglichen Abarten des Rot vom klaren Rosa der ersten Morgenämmerung bis zum glühenden Purpur des Sonnenuntergangs. Um die Farbenwirkung zu erhöhen, werden diese Töne vielfach mit Schwarz und Weiß in Gegenlag gebracht. So bringt man z. B. Schwarz mit einem tiefen Gelb oder einem leuchtenden Grün zusammen.

Handelsnachrichten

Dollarkurs Berlin am 31. Jan. 4,2105 Bill. Mk. (unv.). New York 1 Dollar 4,16 (4,16). London 1 Pfd. Sterl. 18 (18,5). Amsterdam 1 Gulden 1,58 Billionen Mark.
 Das engl. Pfd. Sterl. zeigte sich in New York auf 4,27 Dollar. Der franz. Franken wurde in London mit 93,50 gemeldet. Franz. Franken in Berlin 194,75 Milliarden Mark.
Außen preussische Reichsbank. Von den preussischen Reichsbanknoten über 2.10 Goldmark sind Fälschungen aufgetaucht, die den echten Stücken täuschend ähnlich sind. Diese Scheine sind daher vom 26. Januar ab zur Einlösung binnen Monatsfrist aufgeworfen worden. Die anderen preussischen Reichsbanknoten werden davon nicht berührt.
Der preussische Staatsvoranschlag für 1924 enthält 2128 Millionen Goldmark Ausgaben, während das Land 1913, als es noch um einige Provinzen größer war, 550 Millionen Goldmark Ausgaben hatte.

Stuttgarter Börse, 31. Jan. Am heutigen Aktienmarkt war der Verkehr gut, das Geschäft aber sehr gering und auch die Kurse haben kaum nennenswerte Veränderungen aufzuweisen. Auf dem Markt der Festverzinslichen wachte sich die Entscheidung des Reichskabinetts bezüglich der Aufwertung bemerkbar. Während Staatsrenten im Angebot lagen und deren Kurse gewachsen sind, zeigte sich für Industriobligationen bei erhöhten Kursen Nachfrage. 4,5proz. Bad. Anilin Obl. zogen von 3 auf 3,6, 4,5proz. Maschinenfabrik Esslingen Obl. von 6 auf 7 an. Sachwertanleihen vernachlässigt und wenig verändert. — Bankaktien: Hypothekbank 3,4 (3,1), Vereinsbank 5 (4,9), Notenbank 7,8 (7,5). Brauereiwerte: Kettenmeyer 35 (43), Walle 9 (9,25), Junge 9, Esslinger 18 (15), Pfauen 18, Hohenjohann 15 (15), Metallaktien: Feinmechanik 37,5 (37), Hübner 45 (44), Württ. Metallwaren 55 (50), Metall- und Lackwaren 14 (12,5), Württ. Metallwaren 55 (50), Metall- und Lackwaren 14 (12,5), Viehgeheim 55, Gold-Schule 19,5, Widman 3,5, Pflanze 30, Kottner 45, Südd. Ruchen 25, Wolldecken Weidertadt 33,5, Esslingen 50, Kallan 100, Leinwandindustrie 57, F. 40, Genäße 35, Unterbauern 77 (72). Verlagsaktien: Deutsche Verlag 30 (30), Union 9,5 (9,25), Chr. Weller 4 (3,75), Vereinsbuch 1,5 (1,4), Rabrunsmittelwerte: Kaiser Otto 3 (3,2), Knorr 6,5 (6,5), Krumm 3,25, Konleber Leibbrand 2,4, Stuttg. Bäckermühle 8,25 (8,4), Stuttgarter Zucker 6,3 (6,2), Solwark Seilbrunn 85 (82), Seht Wachenheim 24 (23). Uebrigere Werte: Bamberger Mälzerei 9,75 (9,50), Romlog 2,1 (2), Knopfabrik 11 (10), Kraftwerk Altwürttemberg 10,5 (10), Reichswerke 9,25 (8,50), Weag 10,5 (9,9), Riegelwerke Ludwigsburg 11,5 (11,2), Stuttg. Glas 130 (125), Württ. Transport 40 Billionen (38), Bad. Anilin 27,5 (27,7), Zementwerk Heilberg 10,75 (17), Germania 16,5 (16,75), Köln-Rottweil 12,7 (13,5), Wachswaren 2 (2,2), Rannheimer Del 45 (45), Bremen-Wesheimer Del 36 (36), Südd. Holz 15 (15). Württ. Vereinsbank.

Mannheimer Produktionspreise, 31. Jan. Die Haltung war lustlos bei abgeschwächten Preisen. Man verlangte für die 100 Kilo bahndrei Mannheim: Weizen 17,5 bis 18,25, Roggen 15,75 bis 16,5, Gerste 18,5 bis 19,25, Hafer 14, Mais 17,25 bis 18,5. Für Weizenmehl, Spezial 0, haben die Mühlen ihre Forderungen weiter herabgesetzt auf 28 M. Roggenmehl 24 M. Weizenkleie blieb mit 8,50 M. gelaut.
Stuttgarter Markt, 31. Jan. Landesproduktebörse. Weizen 18—19,30 Sommergerste 16,50—17,50 Roggen 16—16,50, Hafer 11,50—12, Weizenmehl Nr. 0 29—30, Brotmehl 26,30—27, Kleie 7,75—8, Weizenheu 7,75—8,25, Kleieheu 8,75—9,75, Stroh (drahtgepresst) 5,50—6.
Berliner Getreidepreise, 31. Jan. Weizen 13,50—13,80, Roggen 11,70—12, Drogengerste 19,20—19,50, Hafer 9,00—10, Weizenmehl 21,50—24, Roggenmehl 18,75—21,25, Naps 280.
Märkte
Mannheimer Viehmarkt, 31. Jan. Zum Viehmarkt waren zugeführt: 116 Kälber, 125 Schweine, 525 Ferkel und Käuer. Bezahlt wurden für die 50 Kilo Lebendgewicht: Kälber 30—44, Schweine 50—64, Ferkel und Käuer je Stück 7—24 Mk. Haltung: Kälberhandel ruhig, langsam geräumt, Schweinehandel: ruhig, ausverkauft, Ferkel- und Käuerhandel mittelmäßig.
Stuttgarter Markt, 31. Jan. Schlachtviehmarkt. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachtvieh waren zugeführt: 180 Ochsen, 24 Bullen, 250 Jungbullen, 265 Jungkühe, 160 Kühe, 480 Kälber, 525 Schweine, 19 Schafe. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Goldspfennig: Ochsen 1. Sorte 28—30 (letzte Markt: 30—33), 2. Sorte 18—24 (19—27), Bullen 1. Sorte 22,5—25 (23—26), 2. Sorte 16—21 (17—22), Jungkühe 1. Sorte 29—32 (31—34), 2. Sorte 24—28 (26—30), 3. Sorte 17—22 (18 bis 24), Kühe 1. Sorte 21—23 (22—25), 2. Sorte 13—17 (15—19), 3. Sorte 8—11 (8,5—12,5), Kälber 1. Sorte 40—43 (41—43), 2. Sorte 35—39 (unv.), 3. Sorte 30—34 (unv.), Schweine 1. Sorte 58—60 (60—65), 2. Sorte 53—56 (56—59), 3. Sorte 46—51 (48—54). Verkauf des Marktes: langsam.
Stuttgarter Markt, 31. Jan. Obst- und Gemüsemarkt. Die Preise blieben heute wieder unverändert. Ausländische Ware ist etwas billiger geworden. So wurde Schweinefleisch schon zu 75 Pfg. verkauft.
Fruchtmärkte. In Wiberach kostete je der Doppelztr.: Weizen 19 Mk., Kernen 19,60, Gerste 16—16,40, Hafer 11,40—12 Mk., in Leutkirch: Weizen 22,50 Gerste 18, Hafer 15,5 Mk., in Wangen i. A. wurden 33 Ztr. Hafer verkauft am zusammen 261,35 Mk. und 47 Ztr. Gerste mit einem Erlös von zusammen 424,10 Mark.
Nürnberg Hopfenmarkt. Nachfrage größer als Vorrat. Für beste Hallertauer und Spalter wurden bis 800 Goldm. für den Zentner, für feink. Hopfen 690 bis 700 Goldmark bezahlt. Die Preise fielen weiter.
Roggen, 30. Jan. Viehmarkt. Effere 75—140, Kühe 230 bis 300, Rinder 175—250, Schmalvieh 70—155, Milchschweine 20 bis 39 d. P., Käuferschweine 30—57 Mk.
Tullingen, 30. Jan. Schweinemarkt. Milchschweine kosteten auf dem letzten Schweinemarkt 14 bis 25 M. Ein Drittel der Zufuhr blieb unverkauft.
Seidenheim. Weizen 10,00—12, Gerste 8,40—9, Hafer 6,30—7, Roggen 9,50—10,30, Erbsen 14 M. Zufuhr stark, Handel lau.
Heddingen, 29. Jan. Marktbericht. Saube 210 Pferde, 55 Ochsen, 90 Kühe, 120 Kalbchen, 154 Jungkühe unter 1 Jahr, 6 Zügel und 530 Milchschweine. Preise: Pferde 400—1200, Ochsen 250—400, Kühe 150—350, Kalbchen 300—450, Jungkühe unter 1 Jahr 60—160, Käuferschweine 25—35, Milchschweine 12—20 Mk.

Holzverhandlung. Niederrhein: bei der letzten Flächenversteigerung bemühten sich die Preise um Doppelte, ja um dreifache über dem Anschlagspreis. Für einige Lose wurden 30 und mehr Mark bezahlt. — Dornbach: In den Räd. Gemeindeversteigerungen kamen 462 Meter Tannenholz zum Aufsteig. Es wurden erzielt für den Raummeter 9—12 Mk. Durchschnittspreis 10,40 Mark, Höchstpreis für 3 Km. 38 Mk.
Fruchtdrucken. Raqqold: Weizen 11,50—12, Mischfrucht 8,50, Hafer 6,50 Mk. der Ztr. — Uraach: Weizen 10—11,50, Dinkel 6,40—8, Roggen 8,50—9,50, Gerste 8,80—9,50, Hafer 6,80 bis 7,50, Kernen-Mischling 10—10,50 Mark.
Badische Tabakverhandlung. In Jailsenhausen und Bahnbrücken wurde von Esslinger Firmen der Tabak zum Preise von 38—40 M für den Zentner aufgekauft.
Kolonialwaren: Kaffee Santos rob 3,80—4,50, gewaschen 4,90—6 das Kg. verpackt, Tee, auf 6,80—7,40, mittell 7,80—8,80, fein 9,20—12 das Kg. verpackt. Preise für Kaffee und Tee leicht anziehend. Bismarck 0,42, Graupen 0,40, gelbe gefüllte Erbsen 0,44, Linen mittel 0,90, Weiße Perlbohnen 0,50, Sojabohnen 1,70, Schweinefleisch 1,50 d. Kg.
Berliner Getreidepreise, 30. Jan. Weizen mäh. 14,30—14,60, Roggen 12,50—12,30, Drogengerste 15—16, Hafer 7,80—10,30, Weizenmehl 22—24,50, Roggenmehl 19—21,75, Kleie 6,40—7,30, Naps 280.
Fünft. Allgemeiner deutscher Saatmarkt am 29. Januar in Berlin. Die Preise stiegen sich für die 50 Kg.: Weizenkleie 150 bis 190, Gelbklee 25—38, Schmalbkele 45—60, Luzerne 60—70, Inhaberklee 23—28, Thymol 35—38 M. Für die stark angebotene Geradella behaupteten sich die Preise bei einem Abstieg von weiteren 50 Pfennigen auch nicht voll. Dasselbe war für Lupinen und Vetchen der Fall. Eine Frage zu billigeren Preisen bestand nach Sortierfleisch. Weizenkleie blieb fest. Roggenkleie kam. Einige Nachfrage hierfür per März-Lieferung. Erbsen viel angeboten und weiter gewachsen. Viktoria-Erbsen 30—32, kleine Erbsen 18—20 M.
Der Rückgang des Schweinefleischpreises wird von amlicher Seite auf die Einfuhr lebender und geschlachteter Schweine aus Schweden und Holland zurückgeführt, die in letzter Zeit einen bedeutenden Umfang annahm.

Devisenkurse
(In Millionen)

Berlin	30 Januar		31 Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	1561088	1568912	1566077	1573225
Belgien	1725088	173462	172568	173462
Frankreich	570570	573430	56875	571425
Italien	678300	681700	673300	681700
Dänemark	1100243	1105757	1100243	1105757
Schweden	183041	183959	183041	183959
Japan	7855250	7944750	7855000	7944000
London	189500	4210507	189500	4210507
New York	192767	193733	19463	195257
Paris	725183	728817	725183	728817
Schweiz	30670	533330	520670	533330
Spanien	59101	59399	9351	59649
D. Osterr.	21195	121804	120697	121305
Drac	144138	144820	144138	144820
Ungarn	600	1363400	1361575	1373425
Argentinien	125	1874675	1865325	1874675

Pfannkuch & Co.
Marmelade
 Feischobst und Bierfrucht
40 Pfg.
 Zwetschgen, Kirschen mit Apfel, Stachelbeer mit Apfel, Johannisbeer mit Apfel, Dreifrucht
50 Pfg.

Billiges Angebot.

Frank-Cichorie in Paketen 13 u. 26 g	13 u. 26 g	la. Schokoladenpulver 1/2-Pfd.-Paket 75 g	75 g
Kornfrank in Paketen von 1/2 Pfd.	25 g	" Schloß-Thee Nr. 1, 50 Gramm	70 g
Pfeiffer & Diller-Kaffee-Essenz, Paket	30 g	" " Nr. 1, 100 "	120 g
Malzkaffee, schön gebrannt (lose) Pfd.	30 g	" " Nr. 1, 250 "	300 g
" in Paketen Pfd.	40 g	" " Nr. 2, 50 "	60 g
Kathreiner	50 g	" " Nr. 2, 100 "	110 g
Kaffee-Mischung 10% ungemahlen	40 g	" " Nr. 2, 250 "	260 g
" 15% bio. Sorten	50 g	" Ronnefeldt-Tea indisch Pilsot rot Et.	
" 20% pro Paket	55 g	50 g 60 g, 100 g 120 g, 1/2 Pfd. 3, Pfd. 6 M	
" 25% pro Paket	60 g	la. Ronnefeldt-Tea Orange Pilsot grün Et.	
Quat a rot 55, gelb 85, gold 120 g	120 g	50 g 75 g, 100 g 150 g	
Trockenmilch, la. Qualität, pr. Pfd.	120 g	Christallzucker per Pfd.	45 g
Büchsenmilch Bébé, gezuckert, Dose	80 g	Sandtrassnade per Pfd.	55 g
" liegende Kuh, ungezuckert	70 g	Staubtrassnade per Pfd.	60 g
3/4 gebrannten Kaffee, Pfd. 320 u. 360 g	320 u. 360 g	Würfeltrassnade per Pfd.	60 g
Kaffee in bekannt guter Qualität	400 g	bei Paket von 5 Pfd. 58 g per Pfund.	
la. Kakao „Gebag“ Pfd.-Paket	180 g		
" Bendsorp 1/2-Pfd.-Paket	100 g		
" div. Sorten 1/2-Pfd.-Paket	50 g		

Tel. 75. **Robert Treiber.**

„Alte Linde“
 Samstag und Sonntag

Mehlsuppe
 la. Leber- u. Griebenwürste
 Von heute abend 6 Uhr an
Kesselfleisch mit Sauerkraut.
 Es ladet freundlichst ein **W. Kull.**

Pfannkuch & Co.
Konfitüren
 Kirschen mit Apfel, Heidelbeer mit Apfel, Erdbeer mit Apfel, Bierfrucht
70 Pfg.
 Kirschen und Orangen-Konfitüren
80 Pfg.

Radfahrer-Verein „Schwarzwald“ Wildbad.
 Am Sonntag, den 3. Februar nachm. 2 Uhr findet im Lokal die
Generalversammlung
 des Ant. Schwarzwaldgaues des Radf.-V. Württemberg statt, wozu die aktiven und passiven Mitglieder freundlichst eingeladen werden und erwartet zahlreiche Beteiligung.
 Der Vorstand.

Haus Verkauf
 Wilhelmstraße 127a H. und kann ein Kauf jederzeit abgeschlossen werden.
Robert Stirner

Ruhr = Brechkloß, Ruckhohlen, Schmiedehohlen, Anthracit-Kohlen
 empfiehlt in Fuhrn u. Waggonbezug
 Telefon 308 **Ferd. Vaible**, Telefon 308.
 Pforzheim-Güterbahnhof.

Die Marke des Kenners ist

MERCEDES

Ev. Kirchenchor.
 Heute abend 8 Uhr
Singstunde
 für Damen und Herren.
„Scherbendoktor“
 kittet Glas u. Porzellan.
 A. N. W. Schmitt, Medizinaldrogerie

Empfehle:
I. Qualität Mastochsenfleisch Pfd. 70 Pfg.
II. " Rindfleisch Pfd. 60 Pfg.
I. " Hammelfleisch Pfd. 65 Pfg.
 sowie
selbstausgelassenes Rinderfett Pfd. 50 Pfg.
Karl Krauß, Metzgermeister
 Wilhelmstraße 84.

Schuhhaus SWILH. TREIBER
 Wildbad Ludw.-Seeg-Str. 17
Schuld- u. Bürgscheine
 zu haben
 in der Geschäftsstelle ds. Pl.

Mieterverein Wildbad.
 Am Samstag, den 2. Februar abends halb 8 Uhr findet im „Bahnhofshotel“
ordentliche General-Versammlung
 statt.
 Tagesordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
 2. Neuwahlen.
 3. Beitragsleistung.
 4. Verschiedenes.
 Im Interesse des Vereins wird um den Besuch aller Mitglieder gebeten. Mieter, die dem Verein beitreten wollen, sind hierzu freundlichst eingeladen.
 Der Ausschuß.

Fußball-Verein Wildbad.
 Vereinigter Fußball- und Sport-Verein.
 Am Samstag, den 2. Februar abends 8 Uhr findet im Lokal „Alte Linde“ unsere
ordentl. General-Versammlung
 statt.
 Tagesordnung:
 1. Jahresbericht; 2. Kassenbericht; 3. Festsetzung des Beitrags; 4. Neuwahlen; 5. Verschiedenes.
 Anträge zur Generalversammlung sind bis Samstag abend 8 Uhr beim Vorstand abzugeben.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.
 Der Ausschuß.

Schlittensfahrt. Am kommenden Sonntag macht der nach dem oberen Ental. Die aktiven und passiven Mitglieder, sowie deren Angehörige werden zur Teilnahme eingeladen. Abfahrt 1.15 Uhr vom Lokal. Anmeldung zwecks Feststellung der Teilnehmer im Freizeitsgeschäft von Max Braun, bis spätestens Samstag mittag 3 Uhr.
Protest betr. morgen nicht zur Verhandlung kommt.

